

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 3

Artikel: Kritik und Selbstkritik
Autor: Schlegel, Florian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kritik und Selbstkritik

Am 2. Juli 1980 habe ich dem Schweizerischen Parteipräsidenten die Anregung unterbreitet, dass das hierfür geeignete Organ der SPS wenn möglich mindestens einmal im Jahr mit den SP-Bundes- und Regierungsräten zusammenkomme. Bei diesen Zusammenkünften müsste der Informations- und Meinungsaustausch über sachpolitische Fragen und Probleme im Vordergrund stehen, welche sowohl die Interessen des Bundes wie auch jene der Kantone und allenfalls der Gemeinden tangieren. Bei den heutigen vielschichtigen Verflechtungen würde es an Stoff nicht mangeln. Allenfalls wäre es tunlich, das Gremium der SP-Regierungsvertreter durch SP-Exekutivmitglieder grösserer Städte zu ergänzen.

Ich möchte nun meinen Vorstoss näher begründen:

1. Die Mitglieder kantonaler Exekutiven haben sich mehr und mehr aus der Bundespolitik zurückgezogen, weil die Doppelbelastung sehr gross und die Ämterkumulation im allgemeinen zu Recht nicht beliebt ist. Sie fühlen sich als kantonale Politiker denn auch in erster Linie den Kantonalparteien verpflichtet. In schweizerischen Parteigremien nehmen Bundespolitiker und jüngere Kräfte Einsitz, was an und für sich durchaus verständlich ist. Das gleiche gilt für die schweizerischen Parteitage. *Dadurch entsteht zwischen der SPS und den SP-Exekutivvertretern in den Kantonen völlig ungewollt eine gewisse Kluft.*

Auf der andern Seite ist es

aber doch so, dass ein grosser Teil der auf Bundesebene zu behandelnden Geschäfte in irgendeiner Weise auch die Interessen der Kantone und Gemeinden berührt. Das Netz der Verflechtungen ist ausserordentlich eng geworden. Zuzufolge des gegenseitigen Informationsmangels kommt es immer mehr vor, dass Missverständnisse entstehen, dass man aneinander vorbeiredet oder gar öffentlich gegeneinander auftritt. Das sollte und müsste nicht so sein. Je mehr und je öfter eine Partei in wichtigen Fragen auseinanderfällt, desto weniger kann sie ernst genommen werden. *Die SP-Regierungsvertreter sollten deshalb in vermehrtem Masse in den Meinungsbildungsprozess der Organe der SPS einbezogen werden.*

2. Eines der Hauptziele dieser Zusammenkünfte müsste die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Organen der Partei und den Vertretern der Regierung sein. Der Vertreter in der Exekutive muss zu einer bestimmten Frage oft viele Jahre früher Stellung nehmen und sich festlegen als die Organe der Partei. Nehmen wir als Beispiel die BUSIPO. Dieses Projekt ist im Schosse der Justiz- und Polizeidirektoren bereits Anfang der siebziger Jahre diskutiert und festgelegt worden. In der Partei war das damals überhaupt kein Diskussionsthema. Die

Volksabstimmung hat erst Ende 1978 stattgefunden. Selbst die Fraktion der Bundesversammlung war in dieser Frage gespalten. Erst im

Verlaufe des Referendums hat sich in der Partei die Meinung hin zu einem eindeutigen Nein gebildet. Ähnlich ist es Willi Ritschard in der Frage der Atomkraftwerke ergangen. Mitte der sechziger Jahre – als Willy Spühler noch Energieminister war – haben massgebliche Sozialdemokraten die Atomkraftwerke als einzig wahre Alternative zu den umweltunfreundlichen ölthermischen Kraftwerken angepriesen. Opposition gegen diese Meinung war nicht zu vernehmen. Kaum wesentlich anders war es im Zeitpunkt, in dem Willi Ritschard das Verkehrs- und

Energiewirtschaftsdepartement angetreten hat. Auch er hatte sich schon damals zu entscheiden und festzulegen. Die Opposition gegenüber der Kernkraft ist erst in den allerletzten Jahren im Zusammenhang mit Kaiseraugst und mit einschlägigen Initiativen richtig aufgekommen.

Ich meine nicht, dass man die Meinung aufgrund besserer Erkenntnisse nicht ändern darf. Das ist – sofern es nicht zu oft geschieht – durchaus zulässig. Auf der andern Seite muss man einem Exekutivvertreter einen abweichenden Standpunkt zubilligen, wenn er in der Sache überzeugt ist. Eine nur «parteilich» motivierte Umkehr kann ihm nicht zugemutet werden, denn er würde dadurch seine Glaubwürdigkeit verlieren. Man muss ihm auch zubilligen, dass er seinen Standpunkt öffentlich zum Ausdruck bringt, denn das Volk hat Anspruch darauf, die Meinung des zuständigen «Fachministers» zu erfahren.

Ich teile aber die Auffassung, dass eine gespaltene Partei keinen überzeugenden Eindruck hinterlässt. Ich glaube deshalb, dass solche Divergenzen eher vermieden werden

könnten, wenn man sich früher gegenseitig informieren, anhören und aussprechen würde. Im Zeitalter, in dem die Politik immer personenbezogener wird, müssen die SPS und die Kantonalparteien an starken und glaubwürdigen SP-Regierungsmitgliedern interessiert sein.

3. Die SP-Exekutivvertreter verfolgen die Entwicklung in der SPS und in einzelnen Kantonal- und Stadtparteien nicht ohne Besorgnis. Es ist festzustellen, dass sich unsere Partei und deren Organe immer mehr aus einzelnen Gruppen und Grüppchen zusammensetzen, die zum Teil mit sektiererischem Eifer ihr «Süppchen kochen» und deren vorrangiges Ziel es ist, der Partei ihre politisch einseitig ausgerichteten Vorstellungen aufzuzwingen und sie durchzusetzen. *Zahlreiche Parteitagsbeschlüsse der letzten Jahre beruhen auf derartigen «Gruppeninitiativen».* Das jüngste Beispiel ist das Rüstungsreferendum, für das die sozialdemokratischen Militärdirektoren in den Kantonen kaum Propagandafeldzüge veranstalten werden. Ich möchte richtig verstanden werden. Ich spreche diesen Gruppen die Existenzberechtigung keineswegs ab. Vielmehr bewundere ich gelegentlich ihren grossen und uneigennütigen Einsatz. Leider fehlt ihnen aber sehr oft der Überblick über die gesamtpolitischen Zusammenhänge und die politischen Realitäten. Vielfach fehlt ihnen auch die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Kompromissen. Ich meine deshalb, dass es für die Partei äusserst problematisch ist, wenn das Feld immer mehr von diesen Gruppen beherrscht wird und sie zunehmend die Marschrichtung der Politik der SPS bestimmen.

Ein weiteres, ernst zu nehmendes Problem unserer Partei besteht darin, dass sich die heutigen Führungsschichten – und zwar auf allen Ebenen – vorwiegend aus Leuten rekrutieren, die irgendwo in einem öffentlichen oder halböffentlichen Dienst stehen. Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft fehlen weitgehend. Es ist ganz klar, dass sich öffentlich Bedienstete, die auf Jahre, die Lehrer zum Teil gar auf Lebzeiten, fest gewählt sind, eine andere, eine aggressivere Politik leisten können als jene, die namentlich in Krisenzeiten täglich um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Ich meine damit keineswegs, dass wir zu einer Politik der Farblosigkeit zurückkehren sollten. Ich meine nur, dass unsere Politik auf die potentiellen Wähler und Mitglieder nicht abschreckend wirken sollte, dass nicht am Arbeiter und seinen elementaren Interessen vorbei politisiert wird. Die Tatsache, dass von vier Arbeitern drei nicht mehr zur Urne gehen, kann nicht allein damit erklärt werden, dass es der Arbeiterschaft im allgemeinen eben gut gehe. Ebenso bedenklich ist, dass es unserer Partei trotz der teils hektischen Aktivitäten nicht gelingt, den Mitgliederschwund aufzufangen oder gar in einen realen Zuwachs umzuwandeln. Dieser Entwicklung kann auch nicht dadurch begegnet werden, dass wir uns ein neues Parteiprogramm geben, mit theoretisch zwar recht interessanten, mit Bezug auf die Verwirklichung aber doch sehr utopischen Zielsetzungen.

Die SP-Exekutivvertreter sind in hohem Masse an einer starken Partei, an einer Partei, die ernstgenommen wird und die eine glaubwürdige Politik betreibt, interessiert. Es wäre deshalb völlig falsch, wenn

wir abseits stehen oder gar resignieren würden. Einige Beispiele zeigen, wo es hinführt, wenn Resignation Platz greift, ein Graben in der Partei entsteht und der innerparteiliche Dialog abbricht.

4. Ich stehe nicht an, uns auch einer Selbstkritik zu unterziehen. Vielleicht wäre es da und dort nicht zu innerparteilichen Zerwürfnissen gekommen, wenn sich die SP-Regierungsvertreter in vermehrter Masse vermittelnd eingeschaltet hätten. Man hat sich möglicherweise da und dort zu sehr auf Distanz gehalten und den Dingen den Lauf gelassen, weil man sich nicht die Finger verbrennen wollte. *Ich habe auch volles Verständnis dafür, wenn die Parteigremien unwirsch reagieren, wenn wir uns als Werkzeuge der Bürgerlichen missbrauchen lassen,* sei es aus Übereifer, sei es aus einer gewissen Abhängigkeit oder sei es, weil wir ihnen ganz einfach ins Messer gelaufen sind. Wir sind diesen Gefahren natürlich besonders ausgesetzt, und niemand ist gefeit vor einem Ausrutscher. Wir sollten nicht vergessen: bürgerliches Lob ist oft verdächtig. *Unannehmbar ist es auch, wenn wir für die eigene Partei keine Zeit haben, wenn uns jede «Hundsverlochete» wichtiger ist als eine Parteiveranstaltung. Mit der Übernahme eines Regierungsmandates ist die Pflicht verbunden, sich der Partei als Mitarbeiter, als Berater und als Referent zur Verfügung zu stellen.* Ebenso selbstverständlich wie die Vertretung sozialdemokratischen Gedankengutes in unseren Behörden – allerdings ohne imperative Weisungen – ist die ordnungsgemässe Leistung der Parteisteuern. Wenn wir uns diesen Aufgaben entziehen und das Regierungsmandat blosser Selbst-

zweck wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn der Ruf nach Ablösung oder gar dem Austritt aus der Regierung ertönt. Ich wäre der erste, der dies unter solchen Voraussetzungen fordern würde.

Wir sollten uns auch nicht einbilden, dass wir die Weisheit allein mit Löffeln gegessen hätten. Wir wollen den Argumenten unserer Parteifreunde zugänglich sein und uns auch einmal eines Besseren belehren lassen. Die gleiche Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft erwarten wir von ihnen. *Wir müssen auch unseren ideologischen Standort immer wieder selbstkritisch überprüfen, denn wir haben in unserem Beruf vor allem den Umgang mit Bürgerlichen zu pflegen, und es besteht in der Tat die Gefahr, dass wir uns ihrer Optik vielleicht da und dort allzusehr annähern.* Das sind etwa die Überlegun-

gen, die zu meinem Vorstoss geführt haben. Ich habe die Dinge so dargelegt, wie ich sie aus meiner Warte, aus meiner Beobachtung, auch aus einer gewissen Distanz zur schweizerischen Politik sehe. Auf der andern Seite schöpfe ich aus einer neunjährigen Erfahrung als kantonalen Parteipräsident, aus mehrjähriger Erfahrung als Nationalrat und aus nunmehr neunjähriger Zugehörigkeit zur kantonalen Regierung. Es geht mir nicht darum, innerhalb der SPS, deren Zukunft mir und sicher allen von uns sehr am Herzen liegt, ein weiteres Sondergrüppchen zu formieren. Es geht mir vor allem um einen besseren Informations- und Meinungsaustausch zwischen den Parteigremien der SPS und den SP-Regierungsvertretern, die als Berufspolitiker täglich an der Front stehen. Das Ziel

ist: Vorurteile abzubauen, Missverständnisse zu vermeiden, zur Geschlossenheit der SPS als Volkspartei und zu einer durchaus aggressiven, aber auf einer klaren und praxisbezogenen Linie beruhenden Politik beizutragen, einer Politik, die von der Arbeiterschaft dieses Landes verstanden und mitgetragen wird. Ich meine, dass eine ständig und selbständig organisierte Konferenz der SP-Regierungsvertreter in der Lage und auch dazu prädestiniert wäre, zu gewissen extremen Erscheinungen und Strömungen innerhalb der SPS ein angemessenes Gegengewicht zu schaffen. Eine allzu opportunistische und auf Effekt bedachte Politik bringt höchstens kurzfristige Erfolge. Längerfristig bringt sie Misserfolge und den unrühmlichen Ruf eines vertrauensunwürdigen Partners.

Willi Ritschard

Legitimation durch die Partei

Zweifellos trennt eine Kluft die Sozialdemokraten in halb Europa. Eine Kluft vor allem zwischen den Vertretern in den Regierungen und den Aktivisten in der Parteimitgliedschaft. So ist es schwierig geworden, Sozialdemokrat und gleichzeitig Mitglied einer Regierung zu sein. Man ist da ständig irgendwo dazwischen und fühlt sich aus diesem Grund nirgends so recht verstanden.

Unsere bürgerlichen Kollegen haben es etwas weniger schwer. In ihren Parteien ist die Willensbildung im allgemeinen etwas einfacher. Sie

wird stärker von oben beeinflusst. Es gibt hier Delegiertenversammlungen und nicht Parteitage mit Hunderten von Stimmberechtigten. Darüber hinaus ist der bürgerliche Wähler auch eher autoritätsgläubiger.

Wir haben es, wie gesagt, schwerer. Aber wir alle, Regierungsräte und auch wir Bundesräte, sind im allgemeinen mit unserer Partei auch eher immer etwas ungeduldig. Wir haben die Tendenz, die Partei gewissermassen als «Fussvolk» anzusehen, das uns und dem, was wir beschlossen haben, nachzulau-

fen hat. *Wir möchten gerne vorschreiben, was unter Sozialismus zu verstehen ist.* Es gibt sogar solche, die zum vorneherein alles das für sozialistisch halten, was sie machen und was sie sagen.

Das ist natürlich eine unmögliche und auch eine gefährliche Mentalität. Die Exekutivmitglieder sind nicht die Partei. Es besteht da in vielen Fragen im Gegenteil eine sehr heilsame Gegnerschaft. Parlamente, die immer ja sagen, würden vermutlich jedem von uns unangenehm zwischen den Zähnen hängenbleiben. Keine Regierung soll das Parlament einfach dem angleichen, was sie selber haben möchte. *Und wir sozialdemokratischen Regierungsmitglieder können auch nicht die Partei dem angleichen wollen, was wir in den Regierungen machen.* Wir können unsere Haltung, unsere politische Hal-